

Land unter

Willkommenskultur? Abschiebeoffensive? Die Ausländerbehörden agieren am Limit. Ein Besuch in Goslar, wo der Wille auf die Wirklichkeit prallt

TEXT
Florian Kistler

FOTOS
Michael Löwa

Jonas Voß sitzt an seinem Schreibtisch und geht durch die Mails der Woche, er dreht am Rädchen seiner Computermaus, die Ärmel seines weißen Hemds hat er hochgekrempt, er lässt das Rädchen der Maus nach unten ratschen. Und noch einmal: ratsch. Dutzende Nachrichten rauschen über seinen Bildschirm, Dutzende Menschen, Dutzende Schicksale – an diesem kalten Wintertag wird er über neun von ihnen entscheiden.

Voß, 27, ist Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde von Goslar, 50 000 Einwohner, 1000-jährige Kaiserstadt, doch Voß' Büro wirkt alles andere als herrschaftlich: grauer Teppich, weiße Wände und ein Stuhl neben dem Schreibtisch, auf dem etwa alle 20 Minuten ein neuer Mensch, ein neues Schicksal, sie sagen hier: ein neuer Kunde, Platz nimmt. „Ich weiß, dass ich nicht den beliebtesten Job der Nation mache“, sagt Voß.

Eine Frau betritt sein Zimmer. Sie kommt aus China, hat ihr Studium hier abgeschlossen und will in Deutschland bleiben. Darf sie?

549 Ausländerbehörden verteilen sich über die Bundesrepublik. Sie entscheiden darüber, ob und wie lange je-



mand in Deutschland bleiben kann, ob er arbeiten darf oder ausreisen muss.

Die Behörden sind das Nadelöhr für alles, was Deutschland derzeit an seine Grenzen bringt: Es geht ums Ankommen und Abschieben, um Wirtschaftswachstum, Sicherheit, Wachsamkeit, es geht um die Ambitionen der Ampel, das alles in Einklang zu bringen mit einem modernen Einwanderungsrecht – und darum, wie wenig die hochfliegenden Pläne mit dem Arbeitsalltag von Voß und seinen Kolleginnen und Kollegen kompatibel sind.

Sprachkurse, Integrationskurse, Familiennachzug, Arbeitsgenehmigungen, Studierlaubnisse, Einbürgerungen und Ausweisungen, dafür sind die 549 Ausländerbehörden, sind Menschen wie Jonas Voß zuständig. Dienst nach Vorschrift, ge-

nauer: nach Paragraph 71, Aufenthaltsgesetz. Voß schaut vor dem Eintritt der Chinesin kurz von seinem Mailpostfach auf und schüttelt den Kopf. „Und wer soll das machen?“

Für die Regierung ist die Sache klar: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will „endlich im großen Stil“ abschieben, zugleich rühmt sich die Bundesregierung, die Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft zu erleichtern und „das modernste“ Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Welt geschaffen zu haben.

Nötig ist es: 1,5 Millionen neue Zuwanderer braucht Deutschland jedes Jahr, um netto die Lücke von 400 000 Fachkräften zu schließen, rechnet die Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, vor. Der Mangel an zupackenden Händen und klugen Köpfen ist die größte Wachstumsbremse des Standorts.

Erst diese Woche waren Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Vietnam unterwegs, um Fachkräfte vor allem für den Gesundheitsbereich anzuwerben, doch Himmel hilf: Was, wenn die Frauen und Männer tatsächlich kommen?

In der Frankfurter Ausländerbehörde sollen im Sommer 20 000 Mails, wie sie bei Jonas Voß einlaufen, unbeantwortet ▶

Rein oder raus?
In der Ausländer-
behörde von Goslar
müssen Michael
Wehrich (l.)
und Sönke Heldt
entscheiden

geblieben sein. Vor der Stuttgarter Ausländerbehörde campierten nachts Menschen, um ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis rechtzeitig zu ergattern oder zu verlängern – Selfies aus solchen Schlangen an Familie und Freunde in der Heimat machen jede Charme- und Willkommensoffensive des Bundespräsidenten im Bruchteil einer Sekunde zunichte: Wer will sich Good Old Germany antun, wenn ein Antrag anderswo, also in einem modernen, digitalisierten Land, in wenigen Minuten online gestellt und in zwei Wochen erledigt ist?

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) befindet freundlich, die Zustände in Deutschlands Ausländerbehörden befänden sich in einem „völligen Rückstand“. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) drückt es poetischer aus: Er habe „größte Sorge“, dass die Ausländerämter und die Visastellen „nicht eingeschwungen sind auf das System“, sagte er kürzlich bei einer Konferenz. In den vergangenen Jahren sei die Haltung in den Behörden gewesen: „Ei-

gentlich wollen wir die Leute nicht haben.“ Inzwischen müsse man klar sagen: „Jetzt sind sie gewollt.“

Wie leicht das klingt: einschwingen – und dann ab zum Aufschwung springen? Goodbye, Rezession? Hello, Wirtschaftswunder? Wenn es doch nur so einfach wäre.

ZERTIFIKATE STATT ZAUBEREI

In Goslar nehmen an diesem Freitag um kurz vor neun Uhr die ersten Menschen im Wartesaal auf den silbernen Stuhlreihen Platz, sie spähen auf den großen Bildschirm mit den Terminen, ping, der Nächste bitte.

Sachbearbeiter Voß sitzt den Gang entlang, hinter den Kolleginnen, die sich um die Einbürgerungen kümmern. Zwei junge Chinesen stehen jetzt in seinem Büro. Voß will wissen, wie es um den Deutschkurs des einen der beiden steht, der in Goslar studieren will und dafür eine Aufenthaltserlaubnis braucht. Ein BI-Zertifikat habe er bereits, sagt der Chinese, im

Januar sei die Prüfung für das benötigte C1-Niveau. Doch die Verständigung ist schwierig. Voß stutzt. „Dafür müsste er aber schon Deutsch können“, sagt er zu dem Begleiter, der der Sprache deutlich besser mächtig ist: „Aber da kommt im Moment gar nichts.“ Der Chinese sucht sein BI-Zertifikat hektisch im Smartphone. Am Ende will er es per Mail schicken – wieder eine, die bei Voß reinrattern wird.

Zehntausende unbeantwortete Anfragen oder Zelte vor dem Eingang gibt es in Goslar nicht. Dennoch: Die Lage ist schwierig. „Am Donnerstag habe ich 20 Kunden“, sagt Voß mit Blick auf die wöchentliche Nachmittagssprechstunde: „Das Backoffice bleibt liegen, die Akten stapeln sich. Habe ich aber keine Zeit zu telefonieren, schreiben die Leute Mails. Und beantwortet die ich, bleiben die Kundengespräche auf der Strecke.“

Zu wenig Mitarbeiter in den Behörden – da wird auch das vermeintlich modernste Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Welt zum Problem. In Goslar kümmern sich 2 der 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um die Umsetzung der neuen Vorschriften, zu denen unter anderem eine sogenannte Chancenkarte gehört.

Die Chancenkarte funktioniert nach einem Punktesystem. Je höher der Studienabschluss, je länger die Berufserfahrung, desto mehr Punkte gibt es – doch nach welchen Kriterien und wie sie praktisch die Echtheit der Angaben überprüfen soll, weiß Christina Bartscher, eine der beiden Expertinnen, bis heute nicht: „Eine solche Bestätigung könnte jeder x-beliebige Mensch aus dem Ausland ausstellen.“ Wird durch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz wenigstens irgendetwas einfacher, schneller, effizienter? „Eigentlich nicht“, sagt Bartscher: „Wir fragen uns, wie wir das alles unter einen Hut bringen sollen.“

92 Prozent der Mitarbeiter von Ausländerbehörden klagen über einen starken Anstieg der Arbeitsbelastung, zeigt eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung unter Beschäftigten in bundesweit 90 Ämtern. Die rechtlichen Fragen, mit denen sie arbeiten müssten, gelten als „außerordentlich komplex“ und unterliegen „zudem häufigen Veränderungen“, heißt es in der kürzlich veröffentlichten Studie. Die Nachwuchsgewinnung sei schwierig, die Einarbeitung dauere länger. Das maliziöse Fazit der Studie: „Die Behörde, deren Funktionieren ein Schlüssel zur Beseiti- ▶

gung des Fachkräftemangels sein soll, leidet unter dem Fachkräftemangel.“

Michael Wehrich, Fachdienstleiter in Goslar, spürt die Konsequenzen jeden Tag. „Die Bürger erwarten vom Staat, dass er für sie da ist“, sagt er, „wir sind aber oft leider nicht so da, wie wir es gerne sein würden.“ Den Ausländerbehörden fehlten die Leute, um zu stemmen, was noch kommt: „Unsere Bundesregierung spricht von einem Abschiebe-Boost. Das ist Gesetzgebungsromantik. Die Realität sieht anders aus.“

Sein Kollege Sönke Heldt, Leiter der Fachgruppe Ausländerrecht, stimmt zu – und versucht das Problem mit einem Vergleich zu beschreiben, den im Autoland Deutschland jeder verstehen dürfte: „Die Politik produziert mit Gesetzen einen Porsche, den sie den Ausländerbehörden vor die Tür stellt“, sagt er. „Sie vergisst aber, dass im Tank Benzin fehlt.“

Ein Beispiel: das geplante Staatsangehörigkeitsgesetz mit der Reform der doppelten Staatsbürgerschaft. „Wir schaffen hier in Goslar zwischen 450 und 500 Einbürgerungen pro Jahr“, sagt Wehrich: „Fünfmal mehr als noch vor ein paar Jahren.“ Kommt die neue, doppelte Staatsbürgerschaft, hätten in seinem Zuständigkeitsbereich darauf bis zu 3000 Menschen ein Anrecht. „Auch wenn nur die Hälfte einen Antrag stellt, bräuchten wir das dreifache Personal, um das in einer akzeptablen Zeit abzuarbeiten“, sagt Wehrich. Das werde aber nicht passieren. Die Folgen: längere Wartezeiten, Frust bei den Antragstellern, Beschwerden in Serie. „Und dann“, sagt Wehrich, „stehst du wieder in der Zeitung.“

„MAN WIRD VERARSCHT“

Im Zimmer gegenüber von Wehrich sitzt Jasmin Borst, 26, zwei Bildschirme auf dem Schreibtisch. An der Wand stehen Aktenschränke, auf denen Blätter mit Buchstaben kleben, um die Suche nach den Akten zu erleichtern: „D-E“, „F-HA“ oder „KO-L“ – in der Amtsstube wird noch überwiegend analog gearbeitet.

Ein Afghane klopft freundlich an die angelehnte Tür. Er holt seinen Aufenthaltstitel ab, der bis 2025 verlängert wurde. Eigentlich müsste er ausreisen, aber für das Land gilt ein Abschiebeverbot.

Später betritt eine Serbin mit einem Dolmetscher den Raum: Sie ist im Juli über die Westbalkanregel (Anwerbung



549 Ausländerbehörden gibt es bundesweit. Manche müssen wie hier in Goslar tagelang schließen, um die Akten abzuarbeiten

„Ein abgelehnter Asylbewerber, der keine Angaben zur Herkunft macht, ist kaum abzuschleppen“, sagte kürzlich ein Richter der WirtschaftsWoche. Auch deshalb dürfte das neue Rückführungsverbesserungsgesetz nicht die Wirkung haben, die die Ampelkoalition verspricht. Ein Kernpunkt des Gesetzes: Verlängerung der Abschiebehaft von 10 auf 28 Tage. Auch sollen in Sammelunterkünften künftig Nachbarzimmer von Abschiebenden durchsucht werden können. Und? Fachdienstleiter Michael Wehrich winkt ab: „Im Landkreis Goslar haben wir durch die Gesetzesänderung bislang nicht eine Abschiebung mehr vollziehen können.“

Wenn man mit den Sachbearbeitern in Goslar spricht, dann ist nicht nur die Arbeitsbelastung ein Thema. Es geht auch um Wertschätzung und Respekt. Beides komme oft zu kurz. Bartscher sagt: „Alles, was wir machen, ist, uns an Gesetze zu halten. Trotzdem wird uns vorgeworfen, wir seien willkürlich oder rassistisch.“ Viele in ihrer Familie könnten auch nicht verstehen, warum sie sich das alles überhaupt antue. „Die fragen: Um Himmels willen, warum machst du das? Machst du das freiwillig?“

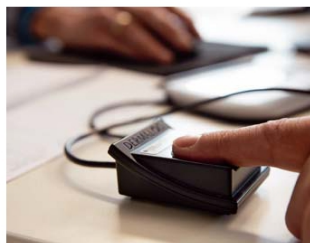
Jonas Voß wirkt am Ende des Tages ebenfalls erschöpft. Alle neun Fälle sind bearbeitet, auch die Exstudentin aus China darf in Deutschland bleiben. Kein schlechter Arbeitstag. Aber natürlich, die nächsten Akten warten schon. Warum er noch hier und beispielsweise nicht im Standesamt arbeitet? Voß hält kurz inne: „Das ist eine gute Frage.“

von 50 000 Arbeitskräften pro Jahr) nach Deutschland gekommen und benötigt eine Aufenthaltserlaubnis. Borst fragt: „Wie groß sind Sie?“ Antwort: „1,73 – ungefähr.“ Dann werden Fingerabdrücke genommen. Erst der rechte Zeigefinger, dann der linke. Das alles kostet 100 Euro. Die Frau darf bis 2027 bleiben.

Wie viel Borst 2023 gearbeitet hat, zeigt sich auch daran, wie viel sie 2024 nicht arbeiten muss: 55 Urlaubstage haben sich aufgestaut. Wofür so viel Arbeitszeit draufgeht? „Für das Organisatorische“, sagt sie. Ihr Cursor fliegt jetzt über 729 Datensätze. Sie kommen vom Einwohnermeldeamt und müssen zur Weiterverwendung für die Ausländerbehörde aufbereitet werden. Noch ein paar Tage davor waren es mehr als 1700. Stramme Leistung.

Borst arbeitet hier seit fünf Jahren, sie mag ihre Arbeit, ein „abwechslungsreicher Beruf“, sagt sie. Und einer, der sie auch emotional entlohnt: Sie sehe, wie sich Menschen, die sie betreue, über die Jahre entwickelten, erzählt Borst.

Doch immer wieder gebe es auch Probleme. Etwa, wenn einer vorgebe, jemand zu sein, der er nicht ist: „Man sitzt diesen Menschen gegenüber und weiß, man wird verarscht.“



Schneller stampeln: Auch in Goslar müssen viele Dokumente noch analog beantragt und ausgestellt werden – das kostet Zeit